



Fachkräftemangel im Mittelstand herrscht besonders im technischen Bereich oder in der Produktion | Canva

## **Bürgergeld verschärft Arbeitskräftemangel im Mittelstand dramatisch**

*31. Mai 2024*

Mehr als 70 Prozent der mittelständischen Unternehmen haben seit der Einführung des Bürgergeldes Probleme, Arbeitskräfte im Niedriglohnbereich zu finden. Dies geht aus einer aktuellen Blitzumfrage von Der Mittelstand.BVMW hervor.

Jedes Dritte der befragten Unternehmen gab an, dass Mitarbeiter aufgrund des Bürgergeldes gekündigt oder Tätigkeiten gar nicht erst angetreten hätten.

„Die Umfrage macht deutlich, dass das Bürgergeld in der jetzigen Ausgestaltung eine

Fehlkonstruktion ist und daher dringend reformiert werden muss“, sagt Christoph Ahlhaus, Bundesgeschäftsführer Der Mittelstand.BVMW. „Das Bürgergeld soll Bedürftige auffangen. Stattdessen setzt es Fehlanreize und belohnt Nichtstun, was in Zeiten eines akuten Arbeitskräftemangels und rund 1,7 Millionen arbeitsfähigen Bürgergeldbeziehern grotesk und weltfremd ist“, so der Mittelstandschef weiter.

Mehr als 86 Prozent der Befragten stimmten der Aussage zu, dass Menschen, die arbeiten, mehr Geld bekommen sollten als Bezieher staatlicher Leistungen, und sprachen sich für eine Beibehaltung des Lohnabstandsgebotes aus.

„Wer jeden Morgen aufsteht und die Ärmel hochkrepelt, muss am Ende des Monats mehr Geld in der Tasche haben als jemand, der das nicht tut“, sagte Ahlhaus. „Dies sei eine Frage der Gerechtigkeit. Arbeit müsse wieder attraktiver werden – zum Beispiel durch eine Senkung von Steuern und Abgaben“, so Ahlhaus. So ließe sich das Lohnabstandsgebot einhalten.

Forderungen von Teilen der Politik und Gewerkschaften nach kräftigen Lohnerhöhungen, um Kaufkraftverluste durch die Inflation auszugleichen, erteilte Ahlhaus eine Absage: „Unternehmen sind weder für die Behebung der Fehler beim Bürgergeld noch für hohe Steuern, Sozialbeiträge und Energiekosten verantwortlich. Steigen Löhne stärker als die Produktivität, drohen bei Dienstleistungen und in der Landwirtschaft weitere Verlust und im Verarbeitenden Gewerbe noch mehr Verlagerung von Arbeitsplätzen.“ (red)